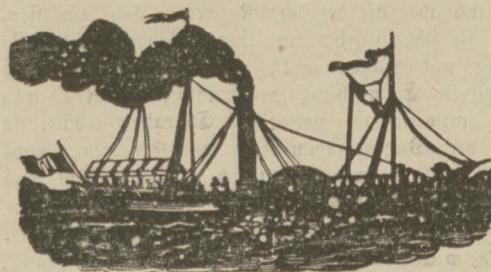


Danziger Dampfboot.

Nº 60.

Freitag, den 12. März.

Das "Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Pferchaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1869.

40 ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Reitemeyer's Centr.-Ztg. u. Annone.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annone.-Büreau.
In Breslau: Louis Siangen's Annonen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Berlin, Leipzig, Wien u. Vösel:
Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 11. März. Bei der heute beendigtenziehung der 3. Klasse 139. Königlicher Klassenlotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 39,604. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 63,627. 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 67,876. 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 80,693. 1 Gewinn von 600 Thlr. auf Nr. 26,724. 8 Gewinne zu 300 Thlr. fielen auf Nr. 22,489. 27,117 u. 86,721. 12 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 12,896. 13,544. 14,266. 38,561. 44,072. 44,380. 56,990. 66,856. 72,651. 83,684. 91,469 und 91,650.

Telegraphische Depeschen.

Madrid, Dienstag 10. März.

Wie mehrere Zeitungen melden, hat die Regierung an den Generalgouverneur von Cuba, General Dulce, telegraphisch die Weisung ergehen lassen, alle gegen Insurgenten verhängten Todesurtheile unausgeführt zu lassen.

London, Donnerstag 11. März.

Die "Morningpost" meldet: Gestern ist zwischen Frankreich und Belgien ein Uebereinkommen abgeschlossen, die Entscheidung der bekannten Eisenbahnfrage einer gemischten Commission zu unterstellen.

Washington, Mittwoch 10. März.

Das Repräsentantenhaus genehmigte abermals mit 143 gegen 16 Stimmen den Gesetzesantrag, betreffend die Widerrufung des Amtsduergesetzes. Der Präsident hat die Demission des Finanzministers Stewart angenommen.

Politische Rundschau.

Graf Bismarck wird, nachdem er Ende dieses Monats einen mehr tägigen Aufenthalt auf Barzin genommen, einen längeren Urlaub zu einer größeren Reise nachsuchen. —

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der Nachtrag zum Budget pro 1869 nach kurzer Debatte genehmigt. Das Gesetz betreffend die Maßregeln bei ausbrechender Kinderpest wird in erster Lesung erledigt; für die zweite sind zahlreiche Anträge angemeldet. Der Antrag von Hagle, betreffend die Bestimmungen in Bezug auf die einheitliche Volljährigkeit, wird mit großer Majorität angenommen. Ein Antrag von Lasker, betreffend den Schutz der Redefreiheit für die Abgeordneten der Territorial-Landtage, von 106 Mitgliedern aller Parteien, ausgenommen die Conservativen und Polen, unterschrieben, wird umgehend eingebracht werden. —

Der ganze Nachtrag zum Budget beträgt 109,800 Thlr., wovon noch 4000 Thlr. Einnahmen abgehen, und soll nach Art der Matrikularbeiträge auf die Bundesstaaten verteilt werden. Ihrem Werthe nach und nach den einzelnen Posten ist die Nachtragsforderung von keiner besonderen Bedeutung, aber auch bei ihr ist schon die Frage aufzuwerfen, wie lange kann der Bund noch ohne Finanzminister bestehen? Die Frage ist bekanntlich in dem verfassungsgebenden Reichstage viel ventilirt worden, aber anstatt daß man zu einem Bundesministerium gelangte, ging über den Verhandlungen beinahe der Bundeskanzler verloren. Graf Bismarck erklärte damals, daß ein Bundesministerium ein zu tiefer Einschaltung in die Souveränität der Einzelstaaten sei und mache den üblichen Versuch, die im Bundesrat sitzenden Bevollmächtigten gleichsam für sein Ministerium auszugeben, welches ihm von den Bundesstaaten zugesetzt sei. Selbst als Fiction mußte dieser Versuch mißglücken, an der Praxis scheiterte er vollaude. Ein Bundes-Kriegsminister besteht

thatsächlich schon, mit seiner gewaltigen Rüstung hat er sich vom Bundeskanzler und dem Bundeskanzler-Amt zu emanzipiren gewußt, aber abgegrenzt, gesetzlich und verfassungsmäßig festgestellt ist seine Stellung nirgends; auch abgesehen von jedem konstitutionellen Bedenken kann das kaum im besten Personenverhältniß ohne Schwierigkeiten und Reibungen abgehen, der Bundespräsident ist dabei der einzige Regulator, welcher ohne die Stütze eines Gesetzes bei manchem Conflict in üble Verlegenheiten gerathen muß.

In allen Bundesfinanzsachen ist bisher Herr v. d. Heydt mit seinem Personal helfend und rathend eingetreten, allein schon an dem kleinen Staatsnachtrage für 1869, mehr noch wenn die auswärtigen Angelegenheiten auf den Bund übergehen, am meisten bei den Bundesdefizits und den Mitteln zu ihrer Deckung merkt man, daß das Bundeskanzler-Amt der Vielfältigkeit der Geschäfte und der Bundeskanzler der Universalität der zunehmenden Angelegenheiten auf die Dauer nicht gewachsen sein kann, es muß eine Theilung der Arbeit eintreten. Soll sie zum Schaden der Geschäfte wie die preußische Gemeinde- und Kreisordnung aus Mangel an Entschluß auf das Ungewisse vertagt werden oder wird der preußische Finanzminister dem Kriegsminister in den Bundesrat folgen und eine noch fraglichere Stellung als dieser einnehmen, da wohl die preußische Armee in das Bundesheer aufgehen könnte, aber Staats- und Bundesfinanzen doch nicht confundirt werden können?

Als im constituirenden Reichstage ein Bundesministerium verlangt wurde, wies man diese und viele andere Forderungen damit ab, daß der zu stiftende Bund in keines der vorhandenen Schemas zu passen brauche, er sei eben keine doctrinäre oder theoretische Schöpfung. Es ließe sich nichts dagegen einwenden, wenn der Bund wirklich aus seinen Bedürfnissen organisch herauswüchsse, aber dazu bliebe auch Raum genug übrig, wenn er mit den nothwendigen Gliedmaßen ausgerüstet wäre. Bei den Militärsachen sind wir mittin darin, sie ihm nachträglich anzusehen, die Finanzen folgen schon, die auswärtigen Angelegenheiten kommen demnächst daran und die Justiz sieht gleich dahinter. Dieses erkennen oder mehr oder weniger deutlich fühlen, sollte gleichbedeutend mit der Ausführung sein. Da wir aber aus allzu vielen Erfahrungen wissen, wie weit von einander Erkenntniß und Ausführung entfernt sind, so wollten wir wenigstens von vornherein den Punkt andenten, um den sich viele Verhandlungen des Reichstages wie im Kreise drehen werden, ohne recht von der Stelle zu rücken.

Dem Reichsrath ist in der Thronrede auch eine Vorlage über den Unterstützungswohnsitz angekündigt. Dieser Entwurf soll eine Lücke ausfüllen, welche durch die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes erst recht lösbar geworden ist. Die Gesetze über die Heimathsberechtigung bildeten in Deutschland bisher ein ebenso buntes Gebiet wie die deutschen Länder selber, indessen hatten sie doch dadurch etwas Gemeines, daß sie ohne Ausnahme in der alten deutschen Vorstellung wurzelten, daß die Heimath angeboren sei und daß eine neue nur durch förmliche Bewerbung und Erwerbung gewonnen werden könne. Jeder hatte dort gewisse Rechte, wo er geboren war, z. B. das Recht des Aufenthaltes und der Unterstützung und andere Rechte; wiederum konnte er dort leichter und billiger erwerben als anderswo z. B. das Recht des Gewerbebetriebes, der Bereihlung, der Grün-

dung eines Hausesstandes. Wenn er sich auswärts befand und mittellos dort erkrankte, so mußte sein Geburtsort ihn unterstützen; auch die Beerdigungsosten mußten von der fernen Heimath getragen werden. Diese Einrichtung paßte ganz gut zu den Ideen des Mittelalters, die einmal den Menschen sehr an die Schule banden und zweitens die Gemeinde als eine Vereinigung zu Trutz und Schutz auffaßten, welche neben den communalen Funktionen auch viele staatliche versah, ja oft die Familie ersegte. Damals war der Fremde fast ein Ausgestoßener, ein Unglücklicher, wie denn fremd und elend gleichbedeutend war, die Fremdenherberge als Herberge der Elenden bezeichnet wurde. So lange also Demand nicht förmlich aus dem Verbande seiner Heimathsgemeinde ausgeschieden, war er in ihr berechtigt und verpflichtet; die Fremde hatte kein Theil an ihm, hatte ihm dafür auch kein Recht zu gewähren: höchstens Barmherzigkeit. Daß solche Einrichtungen in unserer Zeit, welche das Reisen und die Verlegung des Wohnsitzes so sehr begünstigt, nicht mehr haltbar sind, ist leicht einzusehen.

Die Thronrede bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages giebt jetzt auch den englischen Blättern viel Stoff. Es ist eine große Arbeit für einen Monarchen, sechs Thronreden im Jahr zu halten, um drei verschiedene Parlamente zu eröffnen und zu schließen. Wenn König Wilhelm von den freundlichen Beziehungen zwischen dem Norddeutschen Bunde und allen auswärtigen Mächten, sowie von dem aufrichtigen Streben der europäischen Mächte redet, das darauf gerichtet sei, die Segnungen des Friedens als ein werthvolles und wohltägiges Geheimtum zu betrachten, und wenn der König erklärt, daß weder seine eigene noch irgend andere ausländische Regierungen eine Friedensstruktur beabsichtigen, so sollte die Welt offenbar diese Sicherung als eine neue Friedensgarantie hinnehmen und alle durch neuere Vorgänge geschaffene Zweifel und Vorurtheile sachen lassen.

Aber das Misstrauen hat, meint der "Morning Herald", zu lange gedauert und hat zu starke Rechtfertigungsgründe, so daß, während die in Umlauf gesetzten beruhigenden Gesichte kaum noch das Dunkle düsterer zu machen vermögen, die stärksten Sicherungen Seitens der Souveräne und Minister über ihre eigenen guten Absichten und über die Absichten anderer Souveräne und Minister nicht die Macht haben, das Dunkle zu vertreiben. Der König betrachtet den Erfolg der Pariser Conferenz als Beweis für gute Absichten, aber die Conferenz hat den Ausbruch eines Kampfes zwischen der Türkei und Griechenland nicht verhindert, nur — vertagt. Dieselben Ursachen sind noch in Thätigkeit, welche, nach dem Zeugnisse des Grafen Bismarck, den man im Allgemeinen für besser informiert als seinen Herrn erachten kann, gegen Ausgang vorigen Jahres beinahe zu einem europäischen Kriege geführt hätten, auch befindet sich dieselbe Gegend, in welcher, dem großen Minister zufolge, der Streich fiel, welcher den Krieg verschob, in diesem Augenblick in der äußersten Aufregung und Bewegung. Da man aus der vom preußischen Minister gemachten Enthüllung einmal gelernt, wie nahe der Eintritt einer Katastrophe vor etwa vier Monaten gewesen, als die Welt an nichts weniger glaubte, und sogar in Gewissheit allseitiger Friedensversicherungen an nichts anderes als an die Permanenz des Friedens zu glauben ermutigt war, so will dieselbe Welt keiner Versicherung mehr glauben,

komme diese von welcher Seite sie wolle. Die Regierungen mögen die friedlichsten Absichten haben, aber sie führen mit der Anhäufung kriegerischer Apparate fort und die Frage, welche in 1866 erstand und seitdem zum Kriege zu führen drohte, bleibt ihrer Lösung so fern wie je zuvor. Es giebt nur ein einziges Mittel, Europa Gewissheit der Ruhe zu verschaffen, und dieses Mittel heißt: Allgemeine Entwaffnung. So lange sie bis an die Zähne gewaffnet stehen, mögen die Regierungen Versicherungen über ihre Friedens-Absichten mit größter Feierlichkeit geben, aber Niemand wird ihnen Glauben schenken. Sie mögen aufrichtig sein, aber ihre Handlungen stimmen nicht mit ihren Worten überein.

In der diplomatischen Welt geht etwas vor! so sagen die „großen“ Zeitungen, die bekanntlich ein Patent auf die extraordinäre Staatsweisheit genommen zu haben glauben und in diesem Gedanken allerlei Combinationen in die Welt hinausschreien, um sie andern Tages als Trugschlüsse ihrer Phantastie zu dementiren. Neuerdings giebt die Abberufung des preußischen Gesandten in Florenz, die mutmaßliche Abberufung des italienischen Gesandten von Paris und endlich die Reise des französischen Botschafters in Wien nach Paris den Stoff zu den gewagtesten Drakelsprüchen, die schließlich alle zu easterum censeo kommen: Krieg gegen Preußen. Im Widerspruch zu diesem Modetton steht ein Pariser Correspondent — und offenbar mit viel größerem Rechte wie seine chauvinistischen Collegen — die Weltlage für durchaus friedlich an, und läßt sich in dieser Beziehung wie folgt aus:

„Nach der jüngsten friedlichen Thronrede des Königs Wilhelm von Preußen haben die Führer der Kriegspartei hier einen schweren Stand, wenn ihnen auch augenblicklich in der Person des Erzherzogs Adolph von Nassau eine ziemlich unerwartete Unterstützung gekommen ist. Was der Herzog hier eigentlich treibt, darüber schwebt natürlich ein gewisses Geheimnis, aber man weiß, daß er kurz vor seiner Reise nach Paris sich nach Hieching begeben, um dort mit dem Erbprinzen von Hannover Rath's zu pflegen. Über freilich dürfte es zur Unzeit sein, falls die entthronten Fürsten gemeint sein sollten, gerade jetzt für ihre kriegerischen Pläne hier günstigen Boden zu finden. Gesteh doch die Kriegspartei selbst ein oder sängt sie doch an, mit dem Gedanken sich vertraut zu machen, daß in diesem Jahre an einer kriegerischen Action gegen Deutschland nicht mehr zu denken sei. Einmal nämlich, weil es noch nicht gelungen, die mobile Nationalgarde überall zu organisieren und man mit ihm im Falle eines Feldzuges nicht über die gesamte, active Armee, inclusive Reserve, frei verfügen könnte, dann aber auch, und das klingt merkwürdig genug, weil Österreich mit seinen Vorbereitungen noch nicht zu Ende ist. Also Österreich spielt eben so entschieden, wie Italien, eine Rolle in den Projecten dieser Kriegspartei, welche die Partie gegen Preußen wohl für aufgeschoben, aber durchaus nicht für aufgehoben ansieht. Das vielbesprochene italienische Bündniß ist bekanntlich von der offiziellen und offiziösen französischen Presse niemals ernstlich in Abrede gestellt oder dementirt worden. Man hat die Sache wohl in's Lächerliche gezogen, aber ein energisches und verbindliches: „Es ist nicht wahr!“ ist niemals gedruckt oder ausgesprochen worden. Nach verschiedenen Anzeichen zu schließen aber ist der betreffende Vertrag, freilich wohl nur für eine gewisse Zeitdauer und für bestimmte Eventualitäten, wirklich abgeschlossen worden, wenn auch die Ergänzung-Convention mit Österreich, durch welche das Ganze erst Lebensfähigkeit gewinnen kann und soll, bisher nur im Entwurf, nicht aber in der Wirklichkeit bestehen mag. Nun hat man freilich die Abreise Nigra's und dessen nahe Versetzung nach London damit in Verbindung bringen und daraus schließen wollen, daß Nigra, als Freund der preußischen Allianz, hier unangenehm und unhalbar geworden wäre. Aber ich glaube, man thut dem hiesigen italienischen Gesandten gar zu viel Ehre an, wenn man ihn wirklich für einen Vertreter des Bündnisses Italiens mit Preußen ansieht. Ritter Nigra hat schwerlich irgend einen begründeten Anspruch darauf, in Berlin als zuverlässiger Bundesgenosse betrachtet zu werden, und es würde mich gar nicht wundern, wenn all das Gerede über seine Abreise sich schließlich als eitel Schauum erwiese und Nigra ruhig auf seinen Pariser Posten zurückkehrte, um ihn nicht zu verlassen.“

Der glatte Verlauf der Pariser Konferenz zur Schlichtung des griechisch-türkischen Konflikts hat offenbar bei dem französischen Kabinett den Wunsch regt gemacht, denselben Apparat nochmals in Scene zu setzen, um auf diese bequeme Weise die Aufmerksamkeit von den inneren Wirren abzulenken. Wir

schließen dies aus der Meldung, daß Staatsminister Rouher eine Note für das Brüsseler Kabinett vorbereite, in welcher das belgische Eisenbahngesetz lediglich vom industriellen Gesichtspunkte aus discutirt werden soll, und durch welche Frankreich die Bitte an Belgien richtet, es möge das fragliche Eisenbahngesetz nicht auf den Vertrag zwischen dem Grand Luxembourg und der französischen Ostbahn angewandt werden. Andersorts wird versichert, die französische Regierung habe in Brüssel eine gemischte belgisch-französische Commission zur Prüfung der Eisenbahnangelegenheit vorgeschlagen. Auf beide Arten der Umgehung des kaum zu Stande gekommenen Gesetzes kann sich aber die belgische Regierung nicht einlassen, wenn sie ihr Ansehen im eignen Lande nicht vollständig untergraben will, und da die Sache durch die direkte Einmischung der französischen Regierung einen unzweifelhaft politischen Charakter erhält, so wäre der Wiederzusammertitt der Konferenz wohl gerechtfertigt — wenn man sich in Paris nicht noch zur rechten Zeit klar macht, daß Frankreich auf derselben nur den Platz Griechenlands einnehmen könnte.

Die mecklenburgischen Liberalen haben die Hoffnung verloren, durch die Initiative ihres Großherzogs zu constitutionell-parlamentarischen Institutionen zu gelangen. Es ist vermutlich die Ankündigung, daß an die Stelle des jetzigen Ministerpräsidenten von Dörken demnächst der Graf Bassewitz treten werde, was ihnen diese Aussicht für längere Zeit zu sperren scheint. Sie schicken sich daher an, durch Massenbittschriften den Reichstag anzuwerben, daß er ihrer politischen Not zu Hülfe komme.

Herr v. Dalwigk, der hessische Premierminister, scheint von seinem Preußenhaß belebt zu sein. Während wir früher wiederholt von Handlungen und Reden dieses Diplomaten zu berichten hatten, welche durchaus nicht von einer allzu großen Bandesfreundlichkeit zeigten, meldet jetzt die „Wes.-Blg.“ ein Gerücht, welches — falls es sich bewahrheitet — eine entschiedene Aenderung der Ansichten des Herrn v. Dalwigk oder eine Verringerung seines Einflusses bei dem Großherzog andeutet. Die großherzoglich hessische Regierung soll nämlich den Wunsch ausgesprochen haben, daß die mit Baden abzuschließende Nebereinkunft wegen Ableistung der Militärpflicht auf den südlichen Theil Hessens ausgedehnt werde. Die Nebereinkunft selbst ist davon abhängig gemacht, daß die badische Regierung die Bestimmungen der Bundesgesetze und Reglements über Verpflichtung zum Kriegsdienst, über Bewaffnung und Ausbildung der Truppen einführe.

Wie man sich in eingeweihten Kreisen Darmstadts mittheilt, hat sich der Großherzog fest entschlossen, kein Todesurtheil mehr vollstrecken zu lassen. In den 50er Jahren fand die letzte Execution in Gießen statt; seitdem sind sämtliche zu dieser Strafe verurteilten Verbrecher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

Locales und Provinziales.

Danzig, den 11. März.

— Morgen findet die Einführung des Neuschul-Direktors von St. Johann Hrn. Dr. Bantzen in sein Amt statt. — Bei der Abiturienten-Prüfung an der Johannis-Schule haben 5 Schüler das Zeugnis der Reife erhalten.

— Unsere städtische Armen-Verwaltung hat im Jahre 1868 der Kämmereri-Kasse 117,000 Thlr. gekostet. Hierzu treten noch 20,000 Thlr. aus den Einnahmen der Armen-Verwaltung. Davon sind gezahlt: an fortlaufenden Unterstützungen 41,682 Thlr., an Unterstützungen aus Stiftungsfonds 2810 Thlr., an extraordinaire Unterstützungen 4176 Thlr., für Bekleidung armer Personen 3413 Thlr., für Unterbringung armer Kinder 5081 Thlr., für Remuneration der Armenärzte und für Medikamente 1592 Thlr. Den Rest haben das Arbeitshaus, die Armenanstalt in Belonken, die Waisenhäuser, das Kinderdepot und die Krankenpflege in den Heilanstalten in Anspruch genommen.

— Wie man erfährt, sollen auch die nicht definitiv angestellten Justiz-Sekretäre-Beamten in Städten von über 20,000 Einwohnern vom 1. Januar c. ab Localzulagen zu ihren bisherigen Diäten erhalten.

— [Theater.] Die gestern zum Benefit für Fr. Jenke zur Aufführung gekommene Posse-Novität: „Das Milchmädchen aus Schöneberg“ gehört jedenfalls zu den besseren, die in diesem Genre das Licht der Lampen erblickt haben. Es ist Handlung, Witz, Humor und jener Sauerteig von Satyre darin, der die wohlthätige Gährung im Stücke und in den Zuschauern hervorruft, jener Quellsüberzug, den erst das Erscheinen von Spiegelbildern bedingt. Wir verrathen nichts weiter, um denen die

Freude nicht zu verklümmern, die mit dem Schöneberger Milchmädchen ein paar Stunden freundlich zu verleihen die Wicht haben, was wir jedem empfehlen, der sich für dergleichen Kurzweil interessirt. Die gestrige Aufführung erweckte die lebhafteste Aufführung im Publikum, die sich oft zu Beifallstürmen steigerte, so daß das alte Haus hätte erzittern mögen. Jeder Witz, jede Anspielung, jedes Impromptu hat seine Schuldigkeit, selbst die Kalauer zogen am Jocus-Karett tapfer mit. Das Ganze ist durch eine von dem Verfasser der Posse, Mannstädt, selbst geschriebene, originelle Musik illustriert. Um die Vorstellung machten sich besonders verdient: Fräulein Jenke, als frisches Bauernmädchen, welche Herz und Mund auf dem rechten Fleck hat, und sich auch während ihrer Glanzperiode nicht verleugnet; Herr Alexander in trefflicher Maske als Neuzugänger sammelnder Zeitungs-Reporter; Herr Schirmer als lustiger Maurer und Herr Bauer als schlüchterner Noten- und sonstiger Schwärmer. Auch die kleinen Partien wurden durch die Herren Richard, Nötel, Ulrich, Frau Spizeder etc. mit Lust und Liebe gespielt, so daß ein Ensemble zu Stande kam, welches Darsteller wie Zuschauer sichlich erfreute.

— In der gestrigen General-Versammlung des Gewerbevereins erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt die Herren: Dr. Kirchner zum Vorsitzenden, Hybbeneth zum stellvertretenden Vorsitzenden, Elsner zum Schriftführer, A. Prina zum Schatzmeister, Jacobsen zum Bibliothekar, Brutz zum Ordner des Unterrichts, Dr. Möller zum Ordner der Vorträge, Kutschbach zum Ordner des Lokals, Skibbe, Gerlach, Stahl, H. Prina, Helm, F. W. Krüger, Schmidt, I. Momber, Dr. Lampe zu Beisitzer.

— In dem Souterrain des Mäler-Wittwe Martens'schen Grundstückes, Johannisgasse No. 39, entstand heute Morgen gegen 10 Uhr Feuer. — Es hatte sich eine Parthe Hobelpähne, die zum Trocknen hinter einem sehr stark geheizten Ofen aufgestapelt waren, entzündet und das Feuer bereits die in der Nähe befindlichen Gegenstände ergreift, als die Feuerwehr erschien und jeden fernern Schaden verhinderte.

— Am 7. d. M. wurde der Pfarrer Karmann zu Gruppe durch den Superint. Ko walk aus Schweiz in sein Amt eingeführt.

— Bei dem am 8. d. M. begonnenen Schwurgerichte in Thorn kommt eine Anklage wegen Bigamie gegen 4 Personen zur Verhandlung.

— Ein Schreiben aus Konin gibt eine neue Bestätigung dafür, daß die nach Polen gehenden Briefe geöffnet werden. Ein dortiger Kaufmann erhält von einem Berliner Geschäftsfreund einen Brief mit einem Zeitungsausschnitt; eine Stunde nach Empfang des (um 4 Tage verzögerten) Briefes wurde bei ihm eine Haussuchung gehalten.

Concert.

Der Ruf des Pianisten Carl Tausig hatte bei hohem Preise den großen Saal des Schützenhauses (vielleicht zu groß für ein Clavier-Concert) mit dem ansehnlichsten Publikum gefüllt. Zuerst trug Herr T. die Sonata appassionata von Beethoven (op. 57) vor, mit ihren schroffen Gegensätzen und vielfagenden Gedankenstrichen im ersten Theile, mit dem tief empfundenen Religioso im zweiten, welches durch die Bearbeitung von J. Heim seit dem Elbinger Sängerfest 1862 auch den hiesigen Sängern zu einem beliebten Gesangstück („Heilige Nacht“) geworden ist. Auf die zerrissene abspringende Musik B.'s folgte die unaufhaltsam und gleichsam unerbittlich dahinschießende Bach'sche Fuge mit Allegro meisterhaft in Composition und Vortrag; dann sogleich ein rapides Allegro ähnlicher Art von Scarlatti, wozu wieder Field's reizendes zartes Notturno als ein Hauptstück des Abends einen wohlthuenden Gegensatz bildete. Auf Wirkung durch Gegensatz war offenbar das Programm wesentlich gebaut; freilich lag ein solcher mehr innerhalb der Stücke selbst bei Chopin's Ballade (?) in keiner der bisherigen Bedeutungen einer solchen entsprechend, nur hi und da vielleicht an einzelne Balladen, wie Schubert's Erlönig, erinnernd, — ein wüstes nicht sehr ästhetisch zu rechtfertigendes Stück) und in Schubert's kräftig belebendem Militärmarsche mit Herankommen und Abziehen. Da die pausenlose, unmittelbare Auseinandersetzung der sechs ersten Nummern nicht viel ruhigen Genuss ermöglicht hatte, so war es um so mehr zu bedauern, daß der zweite zwei große fast monströs zu nennende Compositionen brachte, wohl geeignet, die eminente Technik des Concertgebers zu erweisen, in der es ihm wohl Niemand zuvorkommen mag, nicht aber, Anforderungen eines feineren gebildeteren Geschmackes zu befriedigen. Schumann's Carneval mit seiner wunderlichen und

